

# Standpunkt BAUSBACK

*Historie und Meinungen  
aus der Landespolitik*

**Ausgabe 2 – September 2020**

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freunde,

die Schulferien gehen nun auch in Bayern langsam zu Ende. Der Schulstart beschäftigt uns besonders. Ich meine, es ist wichtig, dass Präsenzunterricht in der Breite wieder stattfindet. Gleichzeitig weiß niemand sicher, wie sich die Infektionslage entwickeln wird. In anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mussten einige Schulen nach den Ferien wieder zeitweise geschlossen werden. Hoffen wir gemeinsam, dass das Schuljahr in Bayern gut läuft und helfen mit, wo immer es geht.

Auch der parlamentarische Betrieb nimmt in München und Berlin wieder Fahrt auf. Die Klausurtagung der Landtagsfraktion wurde angesichts gestiegener Infektionszahlen kurzfristig vom Tagungszentrum Banz in den Landtag verlegt. Wichtige Weichenstellungen stehen an. Es geht darum, wie Wirtschaft und Gesellschaft in und nach der Pandemie wieder Tritt fassen. Gleichzeitig bleibt es wichtig, das Infektionsgeschehen im Griff zu behalten. Wissenschaftler und politisch Verantwortliche lernen Woche für Woche, Tag für Tag dazu, mit der Infektionslage umzugehen. Das ist wichtig um die „Zumutungen der

Pandemie für unsere Freiheit“ (Zitat Angela Merkel) so gering wie irgendwie verantwortbar zu halten.

Eines darf uns alle nicht unberührt lassen: Die Bilder des versuchten Sturms auf das Reichstagsgebäude. Der Sitz des Bundestages ist das zentrale Symbol unserer Demokratie und Freiheit. Sicherheit für dieses Symbol auf der einen und Offenheit des Parlaments auf der anderen Seite müssen wir auch in Zukunft gleichermaßen gewährleisten.

Die Verbindung zur jungen Generation zu behalten, ist eine Zukunftsfrage für uns. Ich finde es großartig, dass sich Mitglieder der Junge Union ein eigenes Bild von der Situation am Aschaffener Mainufer verschafft haben. Das differenzierte Bild zeigt, dass die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen den Einsatz der Polizei und Streetworker begrüßt. Die Umfrage liefert uns wichtige Informationen für die Landes- wie die Kommunalpolitik. Respekt allen Beteiligten dafür! Das Miteinander in der Kommunalpolitik vor Ort ist für unseren Erfolg in der Landespolitik zentral. In dieser Ausgabe stelle ich zwei unserer neuen CSU-Mitglieder im Stadtrat vor. Gleichzeitig bedanke ich mich bei unseren kommunalen Mandatsträgerinnen und

Mandatsträgern für das gute Miteinander. Machen wir weiter so!

Ihr  
*Wipacil Fausch*

## In dieser Ausgabe

Gegen zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit.....	2
Ferienende.....	2
Richtfest an der TH Aschaffenburg.....	3
Parteitag virtuell.....	3
Stichwort Kirchenasyl.....	4
Reichstagssturm.....	5
Das Grundgesetz und Maßnahmen gegen Corona.....	5
Die Neuen im Stadtrat.....	6
Was sagt die Jugend?.....	7
Früchte des Gründerzentrums.....	8

# Gegen zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit

## Im Herbst beginnt die Diskussion um eine Hochschulreform in Bayern

Ministerpräsident Söder hat nicht ohne Grund Anfang des Jahres in seiner Regierungserklärung zur Hightech-Agenda auch eine umfassende Hochschulreform angekündigt. Die erste grundlegende Reform nach 15 Jahren. Im Landtag werde ich dazu voraussichtlich Berichterstatter der Fraktion sein. Einige zentrale Fragestellungen für die beginnende Diskussion:

### 1. Braucht es überhaupt Änderungen? Gibt es momentan nicht wichtigere Fragen für den Gesetzgeber?

Unsere bayerischen Zukunftsinvestitionen sollen ihre volle Wirkung entfalten können. Zentraler Inhalt der Bayerischen Hightech-Agenda ist, die hohen Beträge für Wissenschaft und Forschung nochmals zu steigern. Auch die TH Aschaffenburg und die unterfränkischen Hochschulen profitieren von dieser Entwicklung. Da ist es wichtig, dass auch die Strukturen unserer Hochschulen und Hochschulverwaltung auf den Prüfstand kommen.

### 2. Wäre es nicht sinnvoll, die große Reform bis nach Corona zu verschieben, wenn wieder mehr „Normalität“ herrscht?

Unsere Hochschulen sind Inno-

vations- und Zukunftstreiber. Gerade angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen brauchen wir die Entfesselung aller Innovationskräfte, die in der Wissenschaft und unseren Hochschulen vorhanden sind.

### 3. Was ist zentral bei dieser Hochschulreform? Sind USA und Großbritannien Vorbild?

Unser Ziel muss es sein, gute Qualität in der Fläche mit international sichtbaren Spitzeneinrichtungen und Leuchttürmen zu vereinen. Wir brauchen einen bayerischen Weg und sollten nicht die Fehler der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wiederholen. Hier gibt es einzelne wichtige Einrichtungen, in der Fläche aber keine Qualität.

### 4. Stellt die Gegenwart die Hochschulen und Wissenschaft vor neue Herausforderungen?

In Teilen unserer Gesellschaft hat sich eine wissenschaftsskeptische, gar wissenschaftsfeindliche Stimmung breit gemacht. Dies hängt mit den Echokammern der sozialen Netzwerke und individuellen Ängsten angesichts globaler Bedrohungen zusammen. Für unser demokratisches System ist das Gift. Ohne ein Mindestmaß an Rationalität und Bildung

kann ein freiheitlich demokratischer Staat nicht funktionieren.

### 5. Kann Wissenschaft also ein Mittel gegen Fake-News sein – auch in Corona-Zeiten?

Genau darum geht es: Vor diesem Hintergrund haben die Hochschulen eine gestiegene Verantwortung mit Rationalität in die Gesellschaft hineinzuwirken. Dabei ist man sich gerade innerhalb der Wissenschaft über die prozesshafte Natur von Forschung und Erkenntnis bewusst. Wissenschaftler müssen aus der Natur der Sache heraus bereit sein, gewonnene Erkenntnisse immer wieder neu auf den Prüfstand zu stellen. Das unterscheidet sie von denen, die Verschwörungstheorien nachhängen und Wunschdenken und verquere Ideologien zu Fakten erklären.

### 6. Welche Rolle kann dabei ein Hochschulgesetz spielen?

Wissenschaftskommunikation hat vor dem beschriebenen Hintergrund eine neue Bedeutung. Diese sollte sich auch in der gesetzlichen Regelung wiederfinden.

Weiteres zum Thema Hochschule und Wissenschaftsfreiheit auf Seite 3.

## Ferienende

### Ein herzlicher Gruß von der Ostsee

Erlauben Sie mir, dass ich Sie kurz an die Ostsee entführe. Gemeinsam mit meiner Familie und unserem Familienhund Jack haben wir unsere Urlaubstage am Strand verbracht. Zugegeben: die Bilder die Sie sehen entstanden in den wenigen nicht verregneten Stunden und Sie merken auch sicher, dass es nicht besonders warm war. Aber ich freue mich jedes Jahr wieder hier her zu kommen.

Für das nun startende, neue Schuljahr wünsche ich allen Schülerinnen und Schülern,

besonders den ABC-Schützen, allen Lehrerinnen, Lehrern und natürlich auch den Eltern einen guten Schulstart!



# Richtfest an der TH Aschaffenburg

## Am 10. September feiert die Hochschule mit Staatsministerin Schreyer das Richtfest neuer Gebäude

Die Technische Hochschule Aschaffenburg liegt mir sehr am Herzen. Aus diesem Grund freue ich mich immer wieder, wenn es an der TH einen Grund zu feiern gibt. Am 10. September findet das Richtfest für zwei maßgebliche Baumaßnahmen statt: der Neubau des Rechenzentrums und Technischen Dienstes, und der Neubau für den

Studiengang Wirtschaftsingenieurswesen und Materialtechnologie. Unsere Bauministerin, Kerstin Schreyer kommt hierfür zu uns in die Region. Beim Spatenstich im September 2019 war schon der Wissenschaftsminister Bernd Sibler bei uns. Ein Bau in Rekordzeit, herzlichen Glückwunsch an die TH!



Eine kleine Chronik der Baumaßnahme - Links oben: Staatsminister Bernd Sibler zu Besuch an der TH Aschaffenburg beim Spatenstich 2019. Rechts oben: die feierliche Zeremonie zusammen mit den regionalen Mandatsträgern. Links unten: die Baugrube zum Zeitpunkt des Spatenstichs im September 2019. Rechts unten: der fertige Rohbau wenige Tage vor dem Richtfest im September 2020. Fortschritt ideell und greifbar!

## Parteitag virtuell

Am 26. September findet der virtuelle Parteitag der Christlich Sozialen Union statt. Der Kreisverband Aschaffenburg-Stadt und ich als Delegierter, sind mit drei Anträgen dabei.

Der Antrag zum Thema Wissenschaftsfreiheit soll einen wichtigen Impuls für die Stärkung unseres Hochschulsystems geben (lesen Sie hierzu auch meinen Standpunkt zur

Hochschulrechtsnovelle auf Seite 2). Ein zweiter Antrag beschäftigt sich mit der verstärkten Sanktionierung von Organisatoren von Kindesmissbrauchsnetzwerken und der Stärkung wichtiger Präventionsarbeit. Über den Vorstoß auf Landesebene habe ich Ihnen ja in der letzten Ausgabe berichtet. Auch meine Landtagskollegin Tanja Schorer-Dremel (u.a. Vorsitzende der Kinderkommission) und Bundestagskollegin Andrea Lindholz stehen hinter dem Antrag. Im Dritten Antrag

schlagen wir ein Gutachtenverfahren auf Ebene des Bundesverfassungsgerichts vor. In Fällen möglicher Grundrechtseingriffe sollen Bundesregierung und Bundesrat die Möglichkeit haben, Schwerpunktfragen (wie sie in der Coronazeit angefallen sind) proaktiv und frühzeitig gutachtlich klären zu lassen. Dies schafft Rechtssicherheit auch in schwierigen Zeiten.

Die Anträge finden Sie unter [kurzelinks.de/PTAntrag2020](https://kurzelinks.de/PTAntrag2020)

# Stichwort Kirchenasyl

## Abwägung zwischen christlich-humanitärer Verantwortung und den Verpflichtungen des demokratischen Rechtsstaates

Meist sind es einzelne strafrechtliche Ermittlungsverfahren, die dazu führen, dass die Diskussion um das Kirchenasyl wieder aufflammt und eine „Entkriminalisierung“ gefordert wird. So berichteten Ende August einige Medien über ein Verfahren gegen eine engagierte Ordensfrau.

Dazu muss man wissen, dass das Kirchenasyl in einer langen christlichen Tradition steht. Es ist auch heute Ausdruck des großen humanitären Engagements von Kirchen-, Ordensgemeinschaften und Bistümern vor Ort für einzelne Menschen in Not. Auch für unseren säkularen Verfassungs- und Rechtsstaat stehen humanitäre Werte im Mittelpunkt. Um diese aber auf Dauer für alle gewährleisten zu können, darf er keine rechtsfreien Räume akzeptieren. Das Kirchenasyl stellt keine Ausnahme dar.

Die Durchsetzung der Territorial- und Personalhoheit gehört zu den Kernelementen der Staatlichkeit und ist Aufgabe der zuständigen und demokratisch legitimierten Behörden und Gerichte. Dies findet Akzeptanz auch bei Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen. Diese betonen oft, dass man gerade nicht im „rechtsfreien Raum“ agieren will. Man akzeptiere, dass niemand von der Beachtung von Recht und Gesetz entbunden sei.

Im spezifischen Zusammenhang mit der Anerkennung oder Nichtanerkennung von Flüchtlingen und Asylbewerbern könne es aber - so wird argumentiert - im Interesse des Rechtsstaates liegen, sich die humanitäre Kompetenz kirchlicher Gemeinden und Ordensgemeinschaften zu Nutze zu machen. Trotz der rechtsstaatlichen Verfahren könnten sich in Einzelfällen unerträgliche Härten ergeben. Hier

sei es gut, wenn Hinweisen in Einzelfällen nochmals nachgegangen wird.

Und der Staat geht darauf ein: Auf Ebene der Länder wurden Härtefallkommissionen gebildet, in denen u.a. Vertreter der großen Kirchen sitzen. Auf Bundesebene wurde 2015 ein besonderes Verfahren zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf der einen und Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen auf der anderen Seite vereinbart.



Das geordnete Verhältnis zwischen Papsttum (Klerus) und Kaisertum (weltliche Macht) geht auf Papst Gelasius I. (ca. 5. Jahrhundert) zurück. Es wird als „Zweischwertlehre“ bezeichnet. Diese Lehre begründet den heutigen status quo, nach dem der säkulare Verfassungsstaat Recht und Gesetz formuliert und ausführt.

Abbildung: Heidelberg, Universitätsbibliothek, Cod. Pal. Germ. 167, fol. 18r.

Kirchengemeinden informieren die Behörden unverzüglich über jeden Kirchenasylfall und erarbeiten möglichst innerhalb eines Monats ein Dossier, aus dem sich die besondere Härtesituation ergibt. Das BAMF überprüft diese Fälle nochmals. Dabei können aber weder geltende gesetzliche Voraussetzungen für die Gewährung oder Nichtgewährung von Asyl oder Flüchtlingsschutz

infrage gestellt werden; noch kann es darum gehen, bewusst - zur Umgehung der Gesetzeslage - auf eine Verfristung in den Dublin-III Fällen hinzuwirken.

Am Ende muss auch im Blick auf die staatliche Letztentscheidung das Ergebnis einer solchen nochmaligen Überprüfung - positiv wie negativ - akzeptiert werden.

Es ist verständlich, dass manches Einzelschicksal die Menschen bewegt, die sich in den Kirchen für Flüchtlingshilfe engagieren. Aber: In einem Rechtsstaat ist niemand von der Beachtung von Recht und Gesetz entbunden. Werden die Schritte des von Kirchen und BAMF vereinbarten Verfahrens nicht beachtet, kann sich auch in einzelnen Fällen der Verdacht einer Straftat ergeben. Einem solchen Verdacht müssen die Staatsanwaltschaften von Gesetzes wegen nachgehen. Sie tun das meiner Einschätzung und Erfahrung nach mit großem Augenmaß.

Gleichwohl wird im Zusammenhang mit solchen Ermittlungsverfahren fast regelmäßig die Forderung nach einer „Entkriminalisierung des Kirchenasyls“ erhoben. Dies ist aber ein Irrweg. Letztlich würden so Verstöße gegen das Einwanderungsrecht ganz aus dem strafrechtlichen Schutz herausgenommen. Ein Kernelement der Staatlichkeit schutzlos zu stellen, ist aber weder mit Blick auf die Funktionsfähigkeit des Staates noch der Europäischen Union verantwortbar. Christliche Verantwortung heißt für mich nicht nur den Einzelnen zu sehen, sondern auch die Funktionsfähigkeit der sozialen Gemeinschaft insgesamt.

Teile des Artikels sind erschienen in Die Tagespost, am 08. August 2020.

# Reichstagssturm – warum uns das alle angeht!

Die Demonstrationen Ende August haben politisch große Wellen geschlagen und heftige Debatten ausgelöst.

Reichstags- und Parlamentsgebäude der Länder sind besondere Symbole unseres freiheitlichen Staates, die es in besonderer Weise zu schützen gilt!

Es ist dabei gute demokratische Tradition und ein besonderer Wert, dass der Reichstag in Berlin und das Maximilianeum in München zugänglich und transparent für Bürgerinnen und Bürger sind. Das heißt aber nicht, dass wir sie schutzlos lassen dürfen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass sie von Interessengruppen oder gar Radikalen gestürmt und so missbraucht werden. Der Angriff auf unsere Parlamentsgebäude richtet sich gegen unsere demokratische freiheitliche Gesellschaft und damit gegen uns alle.

Die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ist eines der zentralen Grundrechte unseres Staates. Allen



Das Maximilianeum in München gehört wie der Reichstag in Berlin zu den schützenswerten Symbolen unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats. Sie müssen auch Sinnbild unserer wehrhaften Demokratie sein und bleiben.

sollte aber klar sein, dass nur der freiheitliche Staat diese Freiheit dauerhaft schützt. Deshalb entbinden Versammlungen auch nicht von der

Beachtung der Gesetze und Regeln. Man kann gegen Maskenpflicht und Einschränkungen im Blick auf die Pandemie demonstrieren - das ist ein demokratisches Recht der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Dies berechtigt aber nicht, vom demokratischen Staat angeordnete Regeln zu brechen. Noch weniger kann dies als Rechtfertigung dafür dienen, den Reichstag als zentrales Symbol unserer Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stürmen.

Meine Meinung ist, dass im Strafrecht ein solches Verhalten als schwere staatsgefährdende Straftat sanktioniert werden sollte. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür sollten wir schnell schaffen. Unabhängig davon, ob gerade Parlamentsbetrieb läuft oder nicht - der Reichstag symbolisiert auch den Grundkonsens der Demokraten und unsere wehrhafte Demokratie.

## Das Grundgesetz und Maßnahmen gegen Corona Ist Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Mitmenschen zumutbar?

Die Maßnahmen gegen Corona empfinden viele als „Zumutung“ (Zitat Bundeskanzlerin Merkel) für ihre Freiheit. Gleichwohl akzeptieren und begrüßt nach allen Umfragen die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Anordnungen von der Maskenpflicht, über die Testpflicht für Reiserückkehrer bis hin zu Abstandregeln.

Gleichzeitig entsteht aber bei Einzelnen der diffuse Eindruck einer Verschwörung gegen „die“ oder auch „ihre eigene“ Freiheit. Begünstigt wird das durch entsprechende Halbwahrheiten und Falschnachrichten in sozialen Medien. In einem Rechtsstaat kann jede Maßnahme, die in Freiheitsrechte eingreift, am Maßstab der Grundrechte überprüft

werden. Aber nicht jeder Eingriff verstößt gegen die Verfassung. Die Grundrechte lassen Eingriffe zu, wenn sie in notwendiger und verhältnismäßiger Weise zum Schutze Dritter oder der Gemeinschaft angeordnet werden. Im Zuge der Pandemie wurde in vielen Gerichtsverfahren Anordnungen zur Eindämmung der Weiterverbreitung überprüft. Bis heute ist es so, dass die große Mehrheit der Gerichtsentscheidungen die staatlichen Maßnahmen als verfassungs- und rechtskonform bestätigen. Und Hand aufs Herz: Ist es nicht wirklich zumutbar, wenn Rückkehrer aus Risikogebieten verpflichtet werden, einen kurzen - sicher unangenehmen, aber ungefährlichen Test - über sich ergehen zu lassen, wenn es um den Schutz vieler

anderer geht? Ist es nicht gleichermaßen ertragbar im Interesse vieler anderer, in Bus oder Bahn eine Maske über Mund- und Nase zu ziehen? Im Rechtsstaat haben wir die Möglichkeit, selbst das gerichtlich überprüfen zu lassen – eine Option, die viele Menschen in anderen Staaten nicht haben. Vor diesem Hintergrund ist es verantwortungslos und gefährlich, wenn Extremisten unser „System“ in Frage stellen.

Das Grundgesetz und der Rechtsstaat in Deutschland haben sich in den Monaten der Pandemiekrise, wie es der neue Präsident des Bundesverfassungsgerichts Stefan Harbarth ausgedrückt hat, als „hervorragende Ordnungsrahmen“ bewährt.

# Die Neuen im Stadtrat

## Maria Bausback und Jochen Grimm sind zwei der neuen Gesichter der Aschaffener CSU Fraktion

Mit der Kommunalwahl in diesem Frühjahr sind auch in den Reihen der CSU Stadtratsfraktion neue Gesichter dabei. Zwei möchte ich Ihnen heute vorstellen:

**Jochen Grimm** ist der letzte Berufsmainfischer in Aschaffenburg und Biolandwirt. Der verheiratete Familienvater hat drei Kinder und ist in vielfältiger Weise sozial und gesellschaftlich engagiert. Für Bürgerinnen und Bürger ist er in besonderer Weise ansprechbar, wenn er am Wochenmarkt mit seinen regionalen Produkten am Stand präsent ist. Jochen hat schon auf einem hinteren Platz bei der Wahl 2014 kandidiert und uns bei den vergangenen Wahlkämpfen seit 2012 tatkräftig unterstützt. Gerade durch seinen persönlichen Bezug zum Wochenmarkt ist er in unserer Fraktion Sprachrohr der Marktbesucher und des Aschaffener Einzelhandels.

Er ist eine große Bereicherung für unsere Fraktion und somit auch für die kommunale Politik in Aschaffenburg.



Maria und ich bei einem Infostand in diesem Februar. Trotz kalten Wetters haben wir die Bürger in Strietwald und Damm über das Wahlprogramm und auch unsere weiteren Kandidaten für den Aschaffener Stadtrat informiert.



Jochen Grimm in Aktion. Mit seinem Gewerbe bietet er frische Produkte aus unserer Region, die er auch am Aschaffener Wochenmarkt anbietet.

Es ist besonders schön, wenn man in Fraktions- und Stadtratssitzungen nicht nur mit politischen Weggefährten, sondern auch mit Menschen zusammen wirken kann, die einen schon wesentlich länger begleiten. Meine Schwester, **Dr. Maria Bausback**, unterstützt uns in dieser Wahlperiode.

Politisch sind Maria, die auf Platz 20 unserer Liste kandidiert hat, die Unterstützung von leistungsschwächeren auf dem Weg zum Schulabschluss und in der beruflichen Ausbildung wichtig. Sie setzt sich insbesondere für eine Stärkung des Ehrenamtes und gut ausgestattete Schwimm- und Sportstätten ein. Ehrenamtlich engagiert sie sich unter anderem als Ortsvorsitzende der CSU im Strietwald und als Kassiererin im Förderverein der Strietwaldschule. Beruflich ist sie als Juristin tätig.

Im Aschaffener Stadtrat gehört sie dem wichtigen Planungssenat an und ist Sprecherin im Kultur- und Schulsenat. Mit ihrer ruhigen, sachlichen Art hat sie schnell ihren Platz in der Fraktion gefunden.

# Was sagt die Jugend?

## Umfrage der Jungen Union Aschaffenburg-Stadt am Mainufer



Das „Perth Inch“ (Aschaffener Mainufer) Mitte August: Die Junge Union Aschaffenburg-Stadt (v.l.n.r.: Kreisvorsitzender Gustav Schleicher, stellv. Kreisvorsitzende Christina Henke und Vorstandsmitglied Maximilian Buller) mit Tablet unterwegs.

**Im August startete die Junge Union Aschaffenburg-Stadt eine Umfrage am Mainufer. Hintergrund ist, dass in diesem Sommer unter Coronabedingungen der „Perth Inch“, das Aschaffener Mainufer, zum Treffpunkt vieler junger Menschen geworden ist.**

Für politisches Engagement ist es wichtig, sich ein eigenes Bild zu machen. Dies hat die Junge Union in der Stadt Aschaffenburg mit ihrer Umfrage gemacht. An mehreren Abenden des Wochenendes und von Werktagen waren Gustav Schleicher (JU-Vorsitzender), Christina Henke (stellv. JU Vorsitzende), Maximilian Buller und Robin Reusch (beide weitere Vorstandsmitglieder) am Mainufer unterwegs. 100 Jugendliche aus der Stadt und den Landkreisen haben sie dabei befragt. Im Vordergrund standen jüngst beschlossene Maßnahmen der Stadt an der Mainwiese („Perth Inch“).

In den Sommermonaten wurde das Mainufer mehr und mehr zum Treffpunkt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Jugend sucht nach Möglichkeiten, Gemeinschaft zu

erleben auch außerhalb organisierter Angebote. Das war schon immer so. Allerdings in der Coronasituation unter erschwerten Bedingungen. Mitte und Ende Juli kam es zu Störungen und Gewalttätigkeiten. Das engagierte Eingreifen der Bayerischen Polizei im Zusammenwirken mit Streetworkern der Stadt haben die Situation beruhigt. Beigetragen haben auch Maßnahmen wie die Ausleuchtung des Geländes. Aber wie kommen diese Maßnahmen bei den Jugendlichen an und versprechen sie, auch in Zukunft zu wirken?

Dass die JU mit dieser eigenen Studie die Aschaffener Jugendlichen in die Diskussion mit einbezieht, ist wichtig. Die befragten Jugendlichen erhalten eine Stimme, für die Entscheidungsträger wird ein differenziertes Bild der Situation deutlich, was für die weitere Diskussion in Stadt und Land wichtig ist. Und die Ergebnisse sind zum Teil überraschend, aber auch beruhigend. Mit der Gesamtsituation am Mainufer sind somit nur etwa 14% der befragten Jugendlichen unzufrieden gewesen, 86% hingegen empfanden

die von der Stadt Aschaffenburg und der Bayerischen Polizei ergriffenen Maßnahmen - die Verstärkung der Polizeipräsenz, die Einrichtung der Flutlichtanlage und den Einsatz von Streetworkern - als richtig.

Weitgehend einig waren sich die Jugendlichen bei der Frage nach einem Alkoholverbot. Fast 90% der Befragten gaben an, ein Alkoholverbot abzulehnen. Die Junge Union selbst ist der Überzeugung, dass der Genuss von alkoholischen Getränken am Mainufer möglich bleiben sollte. Gerade in der besonderen Zeit von geschlossenen Clubs und eingeschränkten Ausgehmöglichkeiten, sei der soziale Kontakt zu Freunden und Bekannten in einer gemütlichen Atmosphäre wichtig und notwendig. Keine Akzeptanz gibt es aber für exzessiven Alkoholkonsum und die Nichteinhaltung der Corona-Regeln. Wenn es hier zu Problemen kommt, sollten nach Auffassung der Jungen Union die Einhaltung der Regeln verstärkt durch Streetworker oder auch Polizei eingefordert werden und nicht mit einem generellen Verbot reagiert werden. Gustav Schleicher berichtet, dass aus dem Dialog mit den Jugendlichen viele weitere gute Ideen hervorgingen. Ein Ansatzpunkt für die Stadt sei, aus den Erfahrungen der vergangenen Wochen zu lernen und hieraus neue Konzepte für die Zukunft zu gestalten.

Für uns als politische Kraft ist es wichtig, dass der Kontakt zur Jugend nicht abreißt, dass auch deren Meinungen und Fragen bei uns stetig präsent sind. So sagt Maximilian Buller, einer der Initiatoren Umfrage, dass es das erklärte Ziel war, die aktuelle Stimmung unter den Jugendlichen abzubilden und ihre Meinung für die Pläne weiterer Gestaltungsfragen einzufangen. Für die Mandatsträger in Stadt und Land ist das wichtig.

# Früchte des Gründerzentrums

## Besuch beim Startup oneVcard

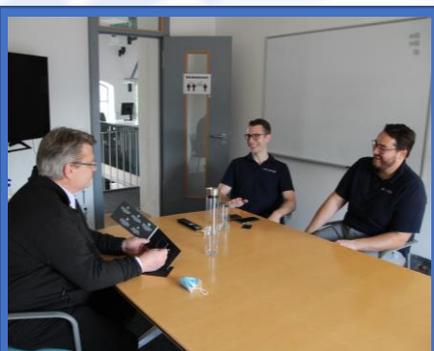
Das Digitale Gründerzentrum (DGZ) in der Alten Schlosserei war Teil der Regierungsinitiative „Gründerland Bayern“. Die Idee, aus dem Umfeld der Technischen Hochschule und der praktischen Berufe, Gründungsinitiativen zu fördern, ist für Aschaffenburg und den Bayerischen Untermain ein Erfolg. Heute sticht das DGZ in Aschaffenburg unter den vielen Gründerzentren als eines der erfolgreichsten im ganzen Freistaat heraus.



Besuch des Vorstandes der CSU Landtagsfraktion in Aschaffenburg: Wir wurden im Digitalen Gründerzentrum herzlich empfangen und konnten mit den vielen Gründern ins Gespräch kommen.

Bereits beim Besuch des Vorstandes der CSU Landtagsfraktion im vergangenen Jahr überzeugte das DGZ die Kollegen der Fraktionsspitze. Volle Ausbuchung der Räume und Ressourcen, geschäftiges Treiben und viele interessante Initiativen in den Startlöchern – so präsentierte sich die Einrichtung beim Termin im November 2019. Getragen wird das Zentrum von einer Kooperation der Stadt Aschaffenburg, den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg, der Technischen Hochschule, der IHK, den Aschaffener Stadtwerken und namhaften Unternehmen der Region.

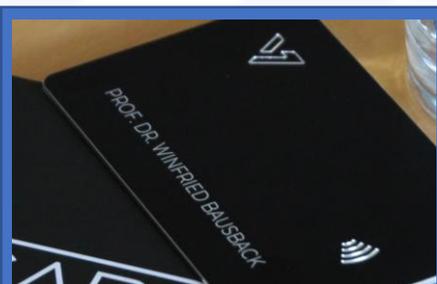
Beim Besuch im November haben wir uns mit einigen Gründern unterhalten, u.a. auch mit Herrn Schneidawind und Herrn Ripp. Nun, ein dreiviertel Jahr später, luden sie mich zum Followup-Gespräch ein. Ihre Idee, das Konzept einer smarten Visitenkarte haben sie konsequent weitergeführt und nun zur Marktreife gebracht. Besonders in der Entwicklungszeit war es für sie, so Schneidawind und Ripp, ein großer Vorteil, mit anderen Kreativen zusammenzuarbeiten. Auch wenn die Gründerinnen und Gründer an verschiedenen Projekten getüftelt haben, der wechselseitige und frische Blick Gleichgesinnter sei wichtig für neue Ideen, so die beiden Gründer.



Im Gespräch mit den erfolgreichen Gründern, Christian Schneidawind und Fabian Ripp, im Digitalen Gründerzentrum.

Auch Unterstützungsleistungen des DGZ – Beratung, Coaching, Netzwerken, Bereitstellung von günstigen Arbeitsplätzen und IT-Infrastruktur – sind unentbehrlich und helfen den jungen Unternehmen auch über die schwierige unmittelbare Gründungszeit hinweg. Das Netzwerk hält dabei oft über die Gründungsphase hinaus und schafft Verbindungen für viele Jahre. Schneidawind und Ripp, die

mittlerweile eigene Räume außerhalb der Alten Schlosserei bezogen haben, bestätigen das aus ihrer Erfahrung. Das Ergebnis der beiden Gründer kann sich sehen lassen: oneVcard hat eine elegante Visitenkarte aus Metall mit QR-Code und einem eingebauten NFC-Transponder herausgebracht, die es erlaubt über alle Handybetriebsysteme hinweg die selbsteingetragenen Personeninformationen weiterzugeben. In jedem Fall eine Idee mit Potential.



Die Erfindung des Teams von oneVcard ist eine schicke und smarte Visitenkarte, die man nur kurz zum Abscannen aus der Hand gibt und mit allen Smartphones kompatibel ist.

Das Gespräch aber auch die letzte Beratungssitzung des Gründerzentrums belegen, wie wichtig Innovation und Gründergeist für uns in der Region sind. Sie sichern Zukunft. Das DGZ in der Alten Schlosserei der Stadtwerke leistet einen wichtigen Beitrag dazu. Und eines hört man von Gründern und Verantwortlichen des DGZ immer wieder, die Anerkennung für die Leiterin des DGZ, Frau Dr. Hock-Döpgen. Sie mache, einen tollen Job, junge Unternehmer und die Gründerszene zu unterstützen. Allen Gründungsinitiativen, allen Gründerinnen und Gründern innerhalb und außerhalb des DGZ an dieser Stelle viel Erfolg!

### Impressum – Standpunkt Bausback

Newsletter des Landtagsabgeordneten, Prof. Dr. Winfried Bausback, Staatsminister a.D. Herausgegeben im Selbstverlag. Herausgeber, Verfasser, V.i.S.d.P.: Winfried Bausback, Stimmkreisbüro Bausback, Knodestr. 3, 63741 Aschaffenburg. Die Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen.

Bildnachweis (soweit nicht anders angegeben): Stimmkreisbüro Bausback

Kontakt: info@winfried-bausback.de, Tel.: 06021 58 28 540, Fax: 06021 58 28 544

Erschienen am 7. September 2020